

Die bürgerlichen Parteien gegen die Einberufung des Reichstages?

Aus parlamentarischen Kreisen wird dem Berliner Tageblatt mitgeteilt: Die Sozialdemokratie hat, wie berichtet, den Antrag gestellt, das Plenum des Reichstages einzuberufen, damit es zur Streikbewegung Stellung nehmen könne.

Eine Erklärung der Generalkommission.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat sich in einer Sitzung mit der Streikfrage beschäftigt. Wie der Bericht sagt, trat überwiegend die Meinung hervor, daß die Bewegung aus politischen Ursachen erwachsen und in diesem Sinne eine politische und keine gewerkschaftliche Angelegenheit sei.

Belagerungszustand in Berlin und Hamburg.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat den Belagerungszustand über Berlin und Umgebung verhängt. Er hat folgende Verordnungen erlassen:

Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich: 1. Für das Gebiet der Städte Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Prenzlauer Berg, Moabit, Pankow, Spandau und die Landkreise Teltow und Niederbarnim habe ich bis auf weiteres den Artikel 7 der preussischen Verfassungsurkunde hiermit auf 2. Für die genannten Gebiete habe ich hierdurch außerordentliche Kriegsgerichte ein- und folgende den Artikel 7 der Verfassungsurkunde vom 4. Juni 1851. 3. Die außerordentlichen Kriegsgerichte beginnen ihre Tätigkeit am 2. Februar 1918.

K nachdem ich manne die verschärfte Belagerungszustand eingeführt habe, will ich die Bevölkerung nicht im Zweifel darüber lassen, daß ich jeden Versuch, die Ruhe und Ordnung zu stören, mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken werde.

Zusammenstöße mit der Polizei in Berlin.

In Berlin ist es leider zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Und wird darüber berichtet: Es zeigt sich immer deutlicher, wie tief die Regierungsmassnahmen greifen, die den Streik der Berliner Arbeiterkraft bremfen sollen.

Die Streikbewegung im Reich.

Am 28. Januar, 31. Januar. Die Metallarbeitergewerkschaften haben an die Arbeiter der Rüstungsindustrie Anträge erlassen, in denen aufgefordert wird, sich nicht zur Wiederlegung der Arbeit zu lassen, und sie laden zu einer Versammlung von Vertretern der Arbeiterausweise, des Arbeiternahrungsamtes zu Berlin, der Regierung in Düsseldorf und des Generalamtes in Münster ein.

Ein offener Brief an Staatssekretär Wallraf.

In seiner bekannten Rede im Hauptausschuß des Reichstages hatte sich Staatssekretär Wallraf auf seine früheren Erfahrungen mit der Arbeiterkraft berufen, die er in seiner früheren Tätigkeit als Kölner Oberbürgermeister gemacht hatte.

Massenkundgebungen in London und Neapel.

Eine Massenversammlung der Arbeiterschaft und Angehöriger verwandter Gewerkschaften in der Albert Hall in London am 27. Januar hat eine Entschließung angenommen, welche die britische und andere Regierungen auffordert, unverzüglich einen Waffenstillstand auf allen Fronten zu schließen.

ist so schwer verhandelt worden, daß er weggetragen werden mußte. Von fünfzig Opfern bei diesem Zusammenstoß ist nichts bekannt geworden.

Aber die Stimmung des Gewerkschaftsbundes ist noch zu melden, daß die Behörde auf Gegenberufung und auf die Weigerung der Funktionäre, die Bureau freiwillig zu verlassen, auf eine Klärung der Gewerkschaftsbüroaus bezichtigt hat.

Die Streiklage in Berlin.

Der V.-A. berichtet über die Berliner Streikbewegung: Nach amtlicher Meldung streiken von 700 000 Arbeitern in Berlin etwa 180 000. Die Stimmung wird von verschiedenen Seiten als nicht ganz gleichmäßig geschildert.

Ein'eilung des Straßenbahnverkehrs in Berlin.

Die städtischen Straßenbahnen haben, so meldet der Berliner Volksbeobachter, seit gestern mittag den Verkehr vollständig eingestellt.

Streikbewegung im Berliner Stadtparlament.

In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtkörpersitzung kam es zu einer sehr lebhaften und sehr erregten Debatte über die Streikbewegung der Berliner Arbeiterkraft.

Die Streikbewegung im Reich.

Am 28. Januar, 31. Januar. Die Metallarbeitergewerkschaften haben an die Arbeiter der Rüstungsindustrie Anträge erlassen, in denen aufgefordert wird, sich nicht zur Wiederlegung der Arbeit zu lassen, und sie laden zu einer Versammlung von Vertretern der Arbeiterausweise, des Arbeiternahrungsamtes zu Berlin, der Regierung in Düsseldorf und des Generalamtes in Münster ein.

Ein offener Brief an Staatssekretär Wallraf.

In seiner bekannten Rede im Hauptausschuß des Reichstages hatte sich Staatssekretär Wallraf auf seine früheren Erfahrungen mit der Arbeiterkraft berufen, die er in seiner früheren Tätigkeit als Kölner Oberbürgermeister gemacht hatte.

Massenkundgebungen in London und Neapel.

Eine Massenversammlung der Arbeiterschaft und Angehöriger verwandter Gewerkschaften in der Albert Hall in London am 27. Januar hat eine Entschließung angenommen, welche die britische und andere Regierungen auffordert, unverzüglich einen Waffenstillstand auf allen Fronten zu schließen.

In der Friedensfrage und in den Fragen der inneren Neugestaltung versucht man, die Arbeiterklasse irrezulühren, scheinlich betreiben die meisten bürgerlichen Parteien Verleumdungs- und Täuschungsmanöver, ohne daß ihnen die Regierung entgegentritt.

Zum Schluß heißt es: Lassen Sie sich nicht täuschen, wenn etwa andere Arbeiterführer, die keine Massen hinter sich haben, andere Anschauungen kundgeben sollten.

Eine Rede des bayerischen Ministerpräsidenten.

München, 31. Januar. In der Kammer der Abgeordneten kam es heute bei der Beratung des Etats des Innern wiederum zu lebhaften Erörterungen über den Streik über die Kriegsleistung.

Eine Erklärung Kuers.

In der Streikbewegung im bayerischen Landtag warnte der sozialdemokratische Abgeordnete Kuers vor Schwarzmalerei und Voltaire.